

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Dezember 2008



Alle guten Wünsche und viele schlechte Zahlen

Der Dezember ist traditionell der Monat der Wünsche an Familie, Freunde und Bekannte. Dabei gehört es zum guten Umgangston, auf den Glückwunschkarten zu vermerken, natürlich stehe die Gesundheit unter den Wunschgegenständen oben an. So wird es auch in diesem Jahr sein. Aber auch die vielen schlechten Zahlen aus der Wirtschaft werden ihren Niederschlag in den Wunschlisten finden.

Über die wirtschaftlichen Folgen des Platzens der Finanzblase muss man nun nicht mehr spekulieren. Mit jeder neuen Zahl aus den statistischen Ämtern wird deutlicher, dass die Welt der wirtschaftlichen Realitäten der Produktion, des Investierens und der Arbeit nicht unverbunden neben der Welt des Geldes und der Kredite stehen.

Die neuen Zahlen zur Konjunktur des Euro-Raumes, also der Länder, die ihre früheren Währungen in die Währung des Euro eingebracht haben, zeigen die Gefahr einer Rezession sehr deutlich. Zum zweiten Mal hintereinander sind die Vierteljahresraten des Wachstums negativ, zeigen die Zahlen also eine Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts als zusammenfassende Größe der erbrachten Wirtschaftsleistungen. Es kann nicht überraschen, dass sich das auch in den Arbeitsmarktzahlen spiegelt. Die Faustformel der Statistiker: „Zwei negative Quartale machen eine Rezession“ wird zur Prognose eines schwierigen, wenn nicht eines schlechten Jahres 2009.

Aber Prognosen sind nach einem Scherzwort der Statistiker deshalb so schwierig zu erstellen, weil sie sich immer auf die Zukunft beziehen. Die Signale einer drohenden Rezession sind jedenfalls ernst zu nehmen. Mutlosigkeit wäre indessen die falsche Ratgeberin. Wenn nach den etwas wild anmutenden, aber in vielen Fällen doch gelungenen „Rettungsaktionen“ aus der akuten Finanzkrise nun eine Phase klug stützender, aber nicht kurslos gegensteuernder Finanzpolitik folgt, können „Gute Wünsche“ auch für das Wirtschaftsjahr 2009 ihren Zweck erfüllen.

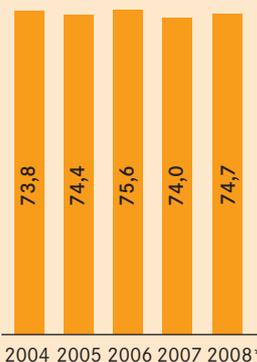
Hans D. Barbier

Weihnachtsmarkt

Die Advents- und Weihnachtszeit ist für den Einzelhandel traditionell eine umsatzstarke Zeit: In den letzten Wochen des Jahres wird fast ein Fünftel des Jahresumsatzes erwirt-

Weihnachtseinkäufe

Einzelhandelsumsatz im Weihnachtsgeschäft, in Milliarden €



2004 2005 2006 2007 2008*

* Prognose

Quelle: Hauptverband des Deutschen Einzelhandels

schaftet. Entsprechend hoch sind die Erwartungen der Händler. Für das Weihnachtsgeschäft 2008 prognostiziert der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels knapp 75 Milliarden € Umsatz. Das entspricht in etwa dem Weihnachtsumsatz der vergangenen Jahre.

www.einzelhandel.de

Kranke Kassen

Ende September 2008 hatte die gesetzliche Krankenversicherung ein Defizit von 1,5 Milliarden € aufgetürmt – trotz guter Konjunktur und Rekordein-

nahmen. Gründe für das Minus laut Bundesministerium für Gesundheit: Im Ergebnis für die ersten drei Quartale sei die zweite Rate des Bundeszuschusses von 1,25 Milliarden € noch nicht verbucht, die erst im November überwiesen wurde. Zudem seien aufgrund des Weihnachtsgeldes weitere Beitragsmehreinnahmen zu erwarten.

Es stimmt, dass die gesetzlichen Krankenkassen regelmäßig zum Jahresende besonders hohe Einnahmen verbuchen können. Das Bundesgesundheitsministerium rechnet fest mit einem ausgeglichenen Etat zum Jahresende 2008. Allerdings war die finanzielle Lage der Kassen in den vergangenen Jahren besser: Im Jahr 2007 wurde nach drei Quartalen ein Überschuss von 173 Millionen € verbucht. 2006 gab es ebenfalls ein Defizit, aber es lag damals nur bei 300 Millionen €.

Insgesamt flossen in diesem Jahr 117,5 Milliarden € in die Kassen der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Beitragseinnahmen stiegen in den ersten drei Quartalen pro Mitglied um 2,8 Prozent. Einmal mehr hielten die Einnahmen allerdings nicht mit den Ausgaben Schritt. Diese wuchsen um 4,2 Prozent pro Mitglied und summierten sich auf 119 Milliarden €. Die Reaktion des Ministeriums auf die bedenkliche Entwicklung: Es appellierte neuerlich an die Kranken-

kassen, alle Sparmöglichkeiten konsequent zu nutzen. Die Politik dagegen verteuert zum 1. Januar 2009 die Krankenkassenbeiträge auf 15,5 Prozent durch Einführung des sogenannten Gesundheitsfonds. Zurzeit haben zahlreiche Versicherte einen wesentlich niedrigeren Beitragssatz.

www.bmg.bund.de

Bildungsausgaben: Mal so, mal so

Der „Bildungsfinanzbericht“ des Statistischen Bundesamtes könnte Aufschluss darüber geben, ob Bund, Bundesländer und Gemeinden ihren Versprechen von der „Bildungsrepublik“ auch Taten folgen lassen. Allerdings lassen Zahlen und Daten des aktuellen Berichts viel Raum für Spekulation und Interpretation. Nach Angaben der Statistiker des Bundesamtes gaben Bund, Bundesländer und Gemeinden im laufenden Jahr rund 92,6 Milliarden € für Bildung aus. Die Summe liegt deutlich über den Ausgaben von 2005, als 86,7 Milliarden € in Bildung investiert wurden.

Dass die Berechnung des Statistischen Bundesamtes trotzdem keine Erfolgsmeldung ist, liegt am „Bildungsbudget“. Darin sind alle öffentlichen und privaten Bildungsausgaben erfasst. Die Ausgaben haben sich im Zeitraum von 1995 bis 2005 zwar erhöht, sind aber hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben: Der Anteil der Ausgaben für Bildung am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank von 6,9 auf 6,3 Prozent. Für 2006 erwarten die Statistiker einen BIP-Anteil von 6,2 Prozent.

<https://www-ec.destatis.de>

Alle Jahre wieder

Aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben sich drei Grundziele: Arbeitsplätze in ausreichender Zahl, dauerhaft wertbeständiges Geld und die Möglichkeit, sein Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Die Im-Klartext-Redaktion beobachtet und wertet die Entwicklungen in den drei Bereichen Monat für Monat. Das Ergebnis für 2008: Negative Wertungen überwiegen.

Erfreulich war ohne Zweifel die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Hier gab es in den letzten zwölf Monaten die meisten positiven Wertungen: Acht Mal konnte ein „Plus“ vergeben werden. Zweimal wurde negativ gewertet, in weiteren zwei Fällen wurde „sowohl als auch“ geurteilt.

Auch im November 2008 sind die Arbeitslosenzahlen – wenn auch abgeschwächt – weiter gefallen. Noch 2,988 Millionen Menschen waren ohne Arbeit, ein Rückgang von rund 8 500 Arbeitslosen im Vergleich zum Oktober 2008. Zum Vorjahresmonat (November 2007) betrug der Rückgang beachtliche 390 200 Arbeitslose.

Erholung auf dem Arbeitsmarkt, aber...

Betrachtet man die Zahl aller Leistungsempfänger, ergibt sich ein weniger erfreuliches Bild: Rund 5,6 Millionen erwerbsfähige Hilfsbedürftige erhalten Arbeitslosengeld I oder II. Zählt man „nicht erwerbsfähige Hilfsbedürftige“ dazu, sind das insgesamt 7,4 Millionen Menschen, die Leistungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) erhalten. Im öffentlichen Blick stehen indes lediglich die knapp drei Millionen offiziell gemeldeten Menschen ohne Arbeit.

Nur noch 53,5 Prozent der 5,6 Millionen erwerbsfähigen Arbeitslosengeldempfänger

sind im Übrigen auch als Arbeitslose registriert. Die Gründe dafür liegen in der Zählweise: Alle arbeitslosen Personen mit vorübergehender Arbeitsunfähigkeit, Teilnehmer an Maßnahmen der Arbeitsförderung, Vorruhestandler, Arbeitnehmer, die mehr als 15 Wochenstunden erwerbstätig sind oder Personen, die insbesondere wegen Kindererziehung und Schulbesuch nicht arbeiten können, gelten nach den Vorschriften der BA nicht als arbeitslos. Auch 57 000 Kurzarbeiter im Oktober 2008 – in Anbetracht der täglich neuen Negativmeldungen aus allen Wirtschaftsbereichen mit stark steigender Tendenz –, denen nun die Bundesregierung die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes erhöht hat, werden ebenfalls nicht als Arbeitslose gezählt.

In jungen Jahren schon auf's Abstellgleis?

Problematisch bleibt auch, dass trotz guter Wirtschaftslage in den ersten Monaten des Jahres und positiver Lehrstellenbilanz junge Erwachsene von dauerhafter Arbeitslosigkeit betroffen und bedroht sind. Viele Jugendliche, und besonders die, die schon seit Jahren nach einer Lehrstelle oder einem Arbeitsplatz suchen, dürften sich in ihrer Einschätzung bestätigt fühlen, dass die Gesellschaft auf sie verzichtet. Wenn schon äl-

tere Arbeitslose diese Erkenntnis kaum verkraften: Wer sich gleich zu Beginn des Arbeitslebens „aussortiert“ fühlt, wird aufgeben und startet keine berufliche, sondern eine Sozialhilfekarriere.

Eigenverantwortung wird immer stärker beschnitten

Bei der „Eigenverantwortung“ überwiegen im ablaufenden Jahr die Negativwertungen. Die Unsicherheit wächst, die Zahl überschuldeter Haushalte nimmt zu, das staatlich organisierte soziale Netz bekommt Risse. Beispiel Rente und Gesundheit: Weil aus unterschiedlichen Gründen – nach wie vor ist Arbeitslosigkeit die Hauptursache – die Finanzierung der gesetzlichen Sozialversicherungen unsicher ist, werden Leistungen gekürzt und Beiträge erhöht. Ohne private Vorsorge – und immer mehr Menschen können mangels ausreichendem Einkommen nicht vorsorgen – sind immer mehr Menschen auf die staatlich zugesagten Sozialleistungen angewiesen und damit abhängig vom Staat.

Immerhin konnten drei positive Wertungen vergeben werden: Mehr Freiberufler und weniger Unternehmenspleiten bis September des Jahres führten zu positiven Wertungen bei der Eigenverantwortung. Nach wie vor erkennen viele, dass die soziale Ab-



„Ich bin fest davon überzeugt, dass der Versuch, sich durch Kartellzusammenschlüsse aus der Krise retten zu wollen, für die gesamte Volkswirtschaft untauglich ist und unmöglich zum Erfolg führen kann.“

Ludwig Erhard

sicherung allein durch den Staat unsicherer wird; wenn möglich, versuchen sie privat vorzusorgen.

Schließlich gab es zweimal die Wertung „Plus/Minus“. Zum einen, weil die Sparquote gestiegen ist, hauptsächlich allerdings aus Angst vor dem Abschwung, getreu nach dem Motto: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.“ Zum anderen sind die sogenannten Verbraucherinsolvenzen erstmals seit Einführung des Verfahrens (1999) rückläufig. Das ist erfreulich, allerdings belegen bisherige Insolvenzverfahren, dass der größte Teil der Forderungen aus den Verbraucherinsolvenzen „uneinbringbar“ ist. Mit anderen Worten: Gläubiger gehen leer aus und erhalten für erbrachte Leistungen kein Entgelt.

Stabiles Geld? Schön wär's!

Auch bei der Geldwertstabilität übersteigen die negativen Einschätzungen die positiven. Neunmal „Minus“, zweimal „Plus“ und einmal „Plus/Minus“ ist das Ergebnis für die Entwicklung des Jahres 2008.

Steigen die Preise, kann für den Euro weniger gekauft werden: Das ist der „klassische“ Verlust von Kaufkraft. Der Anstieg der Inflationsrate auf zeitweise über drei Prozent im Sommer – die Europäische Zentralbank spricht bis zwei Prozent von stabilem Geld – zehrte auch 2008 an den privaten Einkünften.

Kaufkraftverluste erleidet der Einzelne aber auch, wenn das Ersparte schrumpft oder verschwindet, beispielsweise weil Anlagen für die Alterssi-

cherung im Zuge der Finanzkrise plötzlich wertlos wird. Wer sich – wenn überhaupt – langsam von den Folgen der geplatzten New-Economy-Blase erholt hat, erlebt nun zum zweiten Mal innerhalb von zehn Jahren, dass in Wertpapierdepots und bei Investmentfonds angelegte Sparguthaben weggeschmolzen sind.

Wo ist die Soziale Marktwirtschaft?

Für die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht von Ludwig Erhard ist das ablaufende Jahr ein Reinfall. Unabhängig von der Finanzkrise hat die Im-Klartext-Redaktion darauf hingewiesen, das bereits bei den Grundzielen vieles im Argen liegt. Obwohl in Deutschland seit Jahren viel über Soziale Marktwirtschaft gesprochen und geschrieben wird, führt sie in Politik und Wirtschaft – wenn sie denn überhaupt eine Rolle spielt – ein Nischendasein oder fungiert als Feigenblatt für allerlei politische Interventionen.

Es wird immer deutlicher, dass die Politik die Wirtschaft mit einem System verwechselt, das aus mathematischen Formeln und Gleichgewichtsbedingungen besteht. Wird hier ein Parameter geändert und dort um eine Variable erweitert, dann wird alles gut: Zu hohe Arbeitslosigkeit? Hartz-Reformen werden es schon richten. In wenigen Jahren, so das Versprechen aus dem Jahr 2002, seien die Arbeitslosenzahlen – damals waren rund vier Millionen Menschen im Jahresschnitt arbeitslos – halbiert. Von den versprochenen zwei Millionen sind wir aber meilenweit entfernt.

„Mehr Eigenverantwortung“ predigen Experten aus Politik und Wissenschaft. Gleichzeitig werden neue Gesetze erlassen, die Einkommen und Ersparnisse schmälern. Dass Hartz-IV-Empfänger ein eigenständig geführtes Leben führen, ist wohl eher auszuschließen. Und was das wertbeständige Geld angeht, zeigt die aktuelle Finanzkrise, welche Verwerfungen entstehen können. In jedem Fall hat die Finanzkrise zu einer drastischen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation geführt.

Wettlauf der Retter

In den letzten Wochen und Tagen des Jahres scheint nun ein Wettlauf derer stattzufinden, die vorgeben, alles richten zu können: Banken retten, den stotternden Motor der Automobilindustrie reparieren, den Schiffsbau auf deutschen Werften vor dem Sinken bewahren, die Bauindustrie wetterfest machen usw. Es droht ein Profilierungswettlauf. Zweifellos hat die Finanzkrise scheinbare Gewissheiten ad absurdum geführt. Sie hat stattdessen überdeutlich gezeigt, dass Transparenz und Regeln unverzichtbare Bestandteile einer dauerhaft funktionsfähigen Sozialen Marktwirtschaft sein müssen.

Allerdings sind Regeln das eine, direkte staatliche Eingriffe in die Wirtschaft das andere. Der milliardenschwere Schuttschirm für Banken kann mit Ach und Krach gerechtfertigt werden, denn ohne ihn wäre der in Marktwirtschaften notwendige Geldfluss möglicherweise versickert. Rettungsaktionen für andere Wirtschafts-

zweige folgen daraus nicht zwangsläufig. Es muss gut begründet werden, warum ein – auch traditioneller – Autobauer mit Bürgschaften gerettet wird. Sollte zum Beispiel Opel Pleite gehen: Was würde sich für den Verbraucher ändern? Er könnte genügend Autos bei anderen Herstellern erwerben. Gerechtfertigt wird das pauschal mit der Zahl der Arbeitsplätze, die eventuell verloren gehen.

Abschied von der Sozialen Marktwirtschaft

Das Arbeitsplatzargument ist auf den ersten Blick schlüssig. Vermutlich gibt es aufseiten der Politik sogar den Ausschlag. Dann muss aber der Wahrheit halber der Abschied von der Sozialen Marktwirtschaft eingestanden werden: Ab einer bestimmten Unternehmensgröße werden die Gesetze des Marktes aufgehoben, wonach solche Unternehmen vom Markt ausscheiden, die keine Käufer für ihre Produkte findet.

Aber was ist mit den selbstständig Tätigen, den tausenden Klein- und mittelständischen Unternehmen, den Millionen Beschäftigten, die – auch in krisenhafener Zeiten – allein zurechtkommen müssen? Sie alle stehen nicht nur ohne staatlichen „Schirm“ da. Sie werden auch diejenigen sein, die die Milliarden für die Rettungsaktionen der Politik früher oder später bezahlen müssen: Sei es durch höhere Steuern, sei es durch sinkende staatliche Leistungen, sei es durch eine Kombination von beidem.

Andreas Schirmer



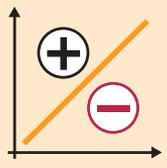
„Was durch Erfahrung oder sinnliche Wahrnehmung bewiesen wird, muss jedem noch so wahrscheinlichen und blendenden Vernunftschluss vorgezogen werden; denn vieles scheint beim Ergrübeln oder Erörtern wahr, was doch an der Wirklichkeit erprobt, nichts ausrichtet.“

Otto von Guericke

IM KLARTEXT

Dezember 2008

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Dezember 2008

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Der Bundesagentur für Arbeit (BA) fehlt Personal für eine zügige und zielgerichtete Vermittlung. Das räumte die Bundesregierung Ende November indirekt ein (Bundestagsdrucksache 16/11114). Im Oktober hatte das Bundeskabinett beschlossen, 1 900 zusätzliche Arbeitsvermittler einzustellen, damit „mittelfristig bis 2011 die Betreuungsschlüssel erfüllt werden“.

Im Jahr 2008 musste ein Vermittler im Durchschnitt 92 junge Menschen unter 25 Jahren betreuen, die Arbeitslosengeld II erhielten (auch als „Hartz IV“ bekannt). 2005 waren es noch 77. Zum Start der Hartz-Reformen im Jahr 2002 wurde einst ein Schlüssel von 1 zu 75 empfohlen.

	BA-Betreute	
	unter 25 Jahre	über 25 Jahre
2005	77	194
2006	89	171
2007	91	169
2008	92	165

je Betreuer nach Sozialgesetzbuch II
Quelle: Deutscher Bundestag

Das überrascht nicht, dass beispielsweise nur ein Drittel der hilfebedürftigen jungen Erwachsenen dauerhaft den Weg aus Hartz VI schafft, wie jüngst das Forschungsinstitut der BA in einer Studie herausgearbeitet hat. Die Erholung auf dem Arbeitsmarkt ist an den jungen Hilfebedürftigen fast vorbeigegangen: 2007 war knapp über eine Million der unter 25-Jährigen vom Arbeitslosengeld II abhängig, in diesem Jahr sind es 974 000.

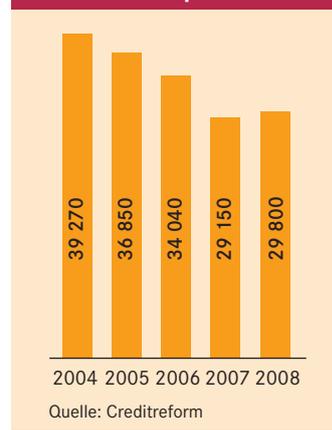
Eigenverantwortung



Die Zahl der Firmenpleiten in Deutschland ist 2008 erstmals seit fünf Jahren wieder gestiegen. In diesem Jahr meldeten insgesamt 29 800 Unternehmen Insolvenz an, 2,2 Prozent mehr als im Vorjahr.

Von 1999 an stiegen die Insolvenzzahlen und erreichten mit knapp 40 000 Unternehmen im Jahr 2003 einen Höhepunkt. Von da an ging es bis letztes Jahr wieder bergab. Das aktuelle Niveau liegt etwas unter dem Stand des Jahres 2001 (32 400 Insolvenzen), unmittelbar nach Platzen der New-Economy-Blase. Ob sich

Firmenpleiten



die damalige dramatische Entwicklung im Zuge der Finanzkrise wiederholt, ist noch offen. Aktuell sind durch Insolvenzen rund 447 000 Arbeitsplätze bedroht, rund 7 100 mehr als vor einem Jahr.

Geldwertstabilität



Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt, dass durch den Preisrutsch bei Öl und Benzin Verbraucher und Unternehmen bis Jahresende 2008 mehr als 10 Milliarden € einsparen werden.

Nachdem der Rohölpreis – Höchststand am 11. Juli 2008 rund 158 US-\$ pro Barrel (159

Liter) – bis Anfang Dezember auf 45 US-\$ gesunken ist, sind auch die Kraftstoff- und Heizölpreise deutlich gefallen. Das stärkt die Kaufkraft der Verbraucher und vergrößert den Spielraum für andere Ausgaben.

Trotzdem verändern die Bürger angesichts der Wirtschaftskrise ihr Konsumverhalten zum Teil drastisch: Einer Umfrage der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young zufolge wollen 47 Prozent der Befragten größere Anschaffungen, etwa einen Autokauf, verschieben. Grund dafür ist die unsichere wirtschaftliche Lage; zudem fürchten 20 Prozent der Befragten um ihren Arbeitsplatz.

Konsumbremsen

Wo schränken Sie sich ein? (Mehrfachnennungen möglich)	
größere Anschaffungen	47 %
Restaurantbesuch	42 %
Kleidung	40 %
Urlaub	38 %
Autofahren	30 %
Freizeit/Unterhaltung	28 %
Lebensmittel	14 %

Quelle: Ernst & Young

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto (Rückseite): picture-alliance/akg-images
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

himmler